

KAIRO+

Parlamentarische Gruppe

Co-Präsidium:

Yvonne Gilli, NR/SG + Marina Carobbio Guscetti, NR/TI

Die **parlamentarische Gruppe KAIRO+** hat sich der Umsetzung des Aktionsprogramms der UNO-Konferenz in Kairo von 1994 verpflichtet. Darauf basierend behandelt der Newsletter Themen zu **sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte** im Kontext von Global Health, Entwicklungszusammenarbeit, Gleichstellung von Frau und Mann und Armutsbekämpfung.

Newsletter

Ausgabe 9 / 23. Februar 2012

Geschätzte Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+
Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Mit der neuesten Ausgabe des Newsletters der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ begrüßen wir Sie zur Frühjahrssession. Das Parlament wird auch in dieser Session über wichtige Vorlagen beraten, welche die sexuelle und reproduktiven Gesundheit und Rechte betreffen. So ist im Nationalrat erneut das Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung traktandiert, welches die nötige Grundlage für eine effiziente nationale Präventionsstrategie bieten würde (weitere Infos unter „aktuell“). Die Botschaft über die Entwicklungszusammenarbeit, welche ebenfalls dem Parlament vorgelegt wird, behandeln wir an der nächsten Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ am 5. März, welche wir zusammen mit der parlamentarischen Gruppe Suisse Solidarité Internationale organisieren. Es würde uns sehr freuen, Sie an der Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Aktuell

- Am **Welcome Event der Parlamentarischen Gruppe KAIRO+** am 21. Dezember hat **DEZA-Direktor Martin Dahinden** die Bedeutung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit für sein Departement im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. Sexuelle und reproduktive Gesundheit ist Teil des Mandats der DEZA, seit die Schweiz das Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung von 1994 in Kairo unterschrieben hat. Die sexuelle und reproduktive Gesundheit ist denn auch ein wichtiges Thema in der neuen Gesundheitspolitik der DEZA. **Neil Datta**, der **Geschäftsführer des European Parliamentary Forums on Population and Development** hat im zweiten Referat dargelegt, weshalb es wichtig ist, in die sexuelle und reproduktive Gesundheit zu investieren: 358'000 Frauen sterben jährlich an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt, 99% von ihnen in Entwicklungsländern. 215 Millionen Frauen haben weltweit trotz Nachfrage keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Und 600 Millionen Mädchen und junge Frauen sind die sexuelle Gesundheit betreffende Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt wie Kinderheirat, weibliche Genitalverstümmelung, Vergewaltigung und Ansteckung durch HIV. Neil Datta koordiniert das Netzwerk aller europäischen parlamentarischen Gruppen, die sich basierend auf dem Aktionsprogramm von Kairo für die Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte einsetzen.

➤ Reproduktive Gesundheit im Rahmen der Gesundheitspolitik der DEZA:
http://www.deza.admin.ch/de/Home/Themen/Gesundheit/Reproduktive_Gesundheit

➤ European Parliamentary Forum on Population and Development:
<http://www.epfweb.org/>

- Das **Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung** wird voraussichtlich am 6. März erneut im Nationalrat behandelt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat im Januar mit 16:9 Stimmen den Antrag gefasst, am Entwurf des neuen Bundesgesetzes festzuhalten, auf den der Ständerat in der Winter-session nicht eingetreten war. Das Präventionsgesetz trage dazu bei, dass die Mittel für Prävention, Gesundheitsförderung und Früherkennung effizienter eingesetzt werden, so die Nationalratskommission. Dies sei umso wichtiger, als chronische Krankheiten stark zunehmen. Diese Krankheiten belasteten nicht nur die Betroffenen, sondern verursachten auch einen grossen Teil der Kosten im Gesundheitswesen. Wir fordern die Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ auf, sich für das Präventionsgesetz einzusetzen. Dieses bringt einen gesetzlichen Rahmen, der eine Gesamtstrategie zu Prävention und Gesundheitsförderung sicherstellt. Prävention im Gesundheitsbereich leistet langfristig auch einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Gesundheitskosten.
 - Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung: <http://www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/07492/index.html?lang=de>
 - 50 Schweizer Organisationen setzen sich mit der „Allianz Gesunde Schweiz“ für das neue Präventionsgesetz ein: <http://www.allianzgesundeschweiz.ch/index.php?lang=de>
- Am 10. Dezember hat in Freiburg die **erste nationale Tagung zu den sexuellen Rechten** stattgefunden, die gemeinsam von SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz und der Aids-Hilfe Schweiz organisiert wurde. An der Podiumsdiskussion haben ExpertInnen im Bereich sexuelle Gesundheit und Rechte, Menschenrecht und Kinderrechte teilgenommen, unter ihnen Vicky Claeys, die Direktorin von IPPF Europe sowie Nationalrätin Yvonne Gilli. An der Tagung wurde eine Erklärung zu den sexuellen Rechten verabschiedet.



- Dokumentation zur nationalen Tagung zu den sexuellen Rechten <http://www.plan-s.ch/Tagung-Sexuelle-Rechte-10-Dez-2011>
- Erklärung über die sexuellen Rechte http://www.plan-s.ch/IMG/pdf/Erklärung_über_sexuelle_Rechte_in_der_Schweiz.pdf
- Sexual Rights declaration of the International Planned Parenthood Federation <http://www.ippfwhr.org/sites/default/files/files/SexualRightsIPPFdeclaration.pdf>
- Der Bundesrat hat am 15. Februar die **Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit 2013-16** ans Parlament verabschiedet. Darin fasst er erstmals die Aufgaben der Humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit, der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Ost-

zusammenarbeit in einer Vorlage zusammen. Oberstes Ziel bleibt die Armutsreduktion. Die Schweiz engagiert sich gemäss Botschaft künftig verstärkt in fragilen Kontexten und leistet einen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen, welche die Perspektiven armer Länder stark beeinträchtigen. Das Parlament hat im Februar 2011 entschieden, die Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen, womit sich die Schweiz im Mittelfeld unter den OECD-Länder positioniert (OECD-Durchschnitt im Jahr 2010: 0,49 %). Entsprechend dieser parlamentarischen Vorgabe ist für die Jahre 2013-16 ein Verpflichtungsvolumen von 11,35 Milliarden Franken vorgesehen. Diese Rahmenkredite sind Thema der nächsten Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ und der Gruppe Suisse – Solidarité internationale (siehe Agenda).

➤ Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2013-16
<http://www.news.admin.ch/dokumentation/00002/00015/?lang=de&msg-id=43424>

- Eine breite Koalition von Organisationen aus dem Gesundheitsbereich und der Entwicklungszusammenarbeit fordert im **Manifest „Gesundheitspersonalmangel nicht auf Kosten der Ärmsten beheben“**, dass der WHO-Kodex zur Rekrutierung von Gesundheitspersonal umgesetzt wird. Die Schweiz müsse die Ausbildung von Gesundheitsfachleuten verstärken, qualitativ gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich sicherstellen und sich international stärker für die Gesundheit der Ärmsten einsetzen, so die zentralen Forderungen des Manifests, welches am 16. Januar lanciert wurde. Der Aufruf ist auf Initiative von Medicus Mundi Schweiz und dem Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner entstanden und wird von 26 Organisationen unterstützt.

➤ [Manifest zum Gesundheitspersonalmangel:](#)

- Im Hinblick auf **Rio+20** sind **Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit** wichtige und miteinander verknüpfte Voraussetzungen für eine Verbesserung der Perspektiven der menschlichen Entwicklung. Dies ist die Kernaussage des Berichts über die menschliche Entwicklung 2011 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der im Februar an einer DEZA-Veranstaltung in Bern vorgestellt wurde. Der Bericht soll Inputs bieten für die UNO-Konferenz im Juni in Rio de Janeiro, welche 20 Jahre nach der ersten entsprechenden Konferenz neuen Konsens herbeiführen soll.

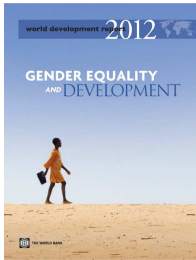


Link: [UNDP Report on Human Development 2011](#)

- Die neue **Website ICPD Beyond 2014** gibt detailliert Auskunft über das Aktionsprogramm der UNO-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung von 1994 in Kairo, welches als Grundlage der parlamentarischen Gruppe Kairo+ dient. Sie macht sichtbar, was das Aktionsprogramm bisher erreicht hat und wirft den Blick auch in die Zukunft nach Ablauf des auf 20 Jahre ausgelegten Aktionsprogramms.

➤ UNFPA Website ICPD Beyond 2014:
<http://icpdbeyond2014.org/>

- Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Effizienz. Trotz allgemeinen Fortschritten sind in manchen Ländern Mädchen und Frauen nach wie vor diskriminiert, schreibt die Weltbank in ihrem Bericht **World Development Report 2012** zum Thema **Gender Equality and Development**. So können in Entwicklungsländern nach wie vor weniger Mädchen Schulen besuchen, Frauen leisten mehr unbezahlte Arbeit und arbeiten in weniger profitablen Bereichen, sie verfügen über weniger politische Rechte und können nach wie vor weniger über die Haushaltsressourcen verfügen. Trotz allgemein höherer Lebenserwartung sterben Frauen in Entwicklungsländern früher als Männer und zwar vor allem in der Kindheit und in den reproduktiven Jahren.



Link: [World development Report 2012 on Gender Equality and Development](http://www.worldbank.org/wdr2012)

- Am 26. Januar hat die Vollversammlung des Europarates die **Resolution „Advancing Women’s Rights Worldwide“** verabschiedet. Der Schutz, die Förderung und die Umsetzung der Rechte von Frauen müssten verbessert werden, fordert die Resolution. Der Bericht weist darauf hin, dass nach wie vor jährlich rund 358'000 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt sterben und dass weltweit jährlich rund 14 Millionen Mädchen bereits im Alter zwischen 15 und 19 Jahren gebären. Die Schweiz ist mit sechs Delegierten im Europarat vertreten.
 - Europarat-Resolution „Advancing Women’s Rights Worldwide“
<http://www.assembly.coe.int/Mainf.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta12/ERES1860.htm>

Agenda

- Am **Montag, 5. März** findet ein **gemeinsames Treffen der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ sowie der Groupe Suisse – Solidarité internationale** statt, an dem die **Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit 2013-16** behandelt werden. Das Parlament wird zum ersten Mal über alle Rahmenkredite der international anrechenbaren Entwicklungszusammenarbeit zusammen entscheiden, für welche 11,3 Milliarden Franken vorgesehen sind. Der Bundesrat hat am 15. Februar die entsprechende Botschaft für vorgelegt.

Referate:

- Martin Dahinden, Direktor Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza)
- Beatrice Manser, Leiterin Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Seco)
- **Datum: Montag, 5. März 2012, 12.15-13.45 Uhr**
- **Ort: Hotel Bern, Zeughausgasse 9, Saal Nr. 5, 2. Stock**
- **Weitere Informationen:** susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch
- **Anmeldung:** kathrin.spichiger@alliancesud.ch

- Vom 23.-27. April findet in New York die **45th Commission on Population and Development (CPD)** statt. Die Schweiz ist Co-Chair der diesjährigen Tagung. Die CPD überwacht und überprüft die Umsetzung des Aktionsprogramms von Kairo und verabschiedet an ihren jährlichen Treffen in New York Resolutionen zu einem Fokusthema, in diesem Jahr ist es „**Adolescents and Youth**“.
- UN-Commission on Population and Development:
<http://www.un.org/esa/population/unpop.htm>
- Vom 24.-25. Mai findet in Istanbul die **fünfte Internationale ParlamentarierInnenkonferenz zur Umsetzung des Aktionsprogramms der UNO-Konferenz von Kairo (1994)** statt. Die Konferenz wird vom European Parliamentary Forum on Population and Development und vom UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA durchgeführt.
- ParlamentarierInnen Konferenz 2012 in Istanbul
<http://www.unfpa.org/public/cache/offfonce/home/parliamentarians/pid/9492;jsessionid=DDC461BF18DF267D44565EF9150E788D.jahia01>
- Vom 20.-22. Juni findet in Rio de Janeiro die **UNO-Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung** statt. **Rio+20** muss sich 20 Jahre nach der damaligen Rio Konferenz den heutigen ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen stellen. Neue Wege müssen gefunden werden, welche auch künftigen Generationen weltweit Perspektiven in eine nachhaltige, von Menschenrechten getragene Zukunft bieten.
- Rio+20 Konferenz
<http://www.uncsd2012.org/rio20/index.html>
- Vom 22. – 27. Juli findet in Washington die **XIX. Internationale Aids-Konferenz** statt. Die diesjährige Konferenz, die führende WissenschaftlerInnen, Public Health ExpertInnen, PolitikerInnen und von HIV Betroffene zusammenbringt, steht unter dem Titel “Turning the Tide Together”.
- Programm
<http://www.aids2012.org/>

Wissen

IPPF wird 60!

Die International Planned Parenthood Federation IPPF wurde 1952 gegründet und ist in den vergangenen 60 Jahren zur führenden Nichtregierungsorganisation im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit gewachsen, die weltweit in mehr als 170 Ländern vertreten ist. Für die Schweiz ist SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz akkreditiertes IPPF Mitglied. Über ihre Mitgliederorganisationen bietet IPPF in den Ländern direkte Dienstleistungen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit an welche wichtige Beiträge im Bereich Prävention sowie Versorgung leisten. IPPF setzt sich mittels Advocacy weltweit für die sexuellen Rechte ein und ist anerkannter Partner für viele Regierungen und international Organisationen. Mit verschiedenen Aktivitäten und Kampagnen wird IPPF das Jubiläumsjahr begehen.

- International Planned Parenthood Federation:
<http://www.ippf.org/en/>

Kontakt

Bei Fragen wenden sie sich bitte an **SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz** (ehemals PLANeS), welche für die parlamentarische Gruppe KAIRO+ das Sekretariat führt.

SANTÉ SEXUELLE Suisse
SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz
SALUTE SESSUALE Svizzera

Kontakt: susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch www.sexuelle-gesundheit.ch

Der Newsletter erscheint viermal jährlich. Falls sie den Newsletter nicht erhalten möchten, können sie sich über die obige Mailadresse von der Verteilliste streichen lassen.